

### Abg. Dr. Steinwender über die Regierung Clam-Martinic.

Aus Graz, 29. d., wird uns telegraphiert: In der „Tagespost“ äußert sich Abg. Dr. Steinwender über das Thema „Die Deutschen und die Regierung“ folgendermaßen:

Das Ministerium Clam-Martinic hat eine Reihe von ganz bestimmten Aufgaben, weit zahlreicher und präziser, als es selbst in seinem Programm veröffentlicht hat. Es hat erstens den Ausgleich mit Ungarn zum Abschluß zu bringen, so daß er dem Parlament vorgelegt und als Grundlage für die Verhandlungen mit dem Deutschen Reiche dienen kann. Zweitens hat es die Sonderstellung Galiziens aus einem Schlagworte in eine praktische Form umzugestalten und ebenfalls dem Reichsrat vorzulegen. Beides ist etwas wesentlich ganz anderes, als was von radikaler Seite verlangt wurde, es ist keine Ökroyierung, sondern eine Vorbereitung für verfassungsmäßige Erledigung. Dagegen wird nicht auf legislative Wege, sondern kraft der der Regierung in Sachen der Verwaltung zustehenden Kompetenz die Sprachenfrage der Behörden administrativ geregelt werden. Frei für die Neuordnung sind auch die Dinge in Böhmen; was der Landesgesetzgebung bedürftig ist, wird nachträglich seine Bestätigung finden, und gewiß werden auch nach-

träglich die Vertreter der beiden Volksstämme in Böhmen sich am Beratungstische zusammensetzen müssen, also wieder etwas anderes, als von mancher Seite gedacht worden war. Endlich wird das Abgeordnetenhaus, wenn es sich wieder versammelt, unter dem Regime einer neuen vernünftigen und strammen Geschäftsordnung zusammentreten. Von uns Deutschen kann verlangt werden, daß wir die Mission des neuen Ministeriums begreifen und, soweit es uns möglich ist, unterstützen. Mehr nicht. Wir haben keinen Vorschuß an Vertrauen zu geben, wir werden uns nicht dadurch, daß zwei deutschböhmische Politiker in das Kabinett aufgenommen wurden, bestimmen lassen, wir wollen es auch unterlassen, von einem Konzentrationsministerium zu sprechen, denn eine Konzentration aller Kräfte müßte man sich wesentlich anders vorstellen. Keinesfalls sind wir von der Pflicht entbunden, selbst zum Besten zu schauen. Auch wir haben eine gebundene Marschroute, die ungleich weiter führt, als die von der Regierung zu lösenden Aufgaben.“